



**Alles für die Freiheit
und den Aufbau Berlins**

A 97 - 05488

Das Arbeitsprogramm der Berliner SPD

	Seite
A. Einheit in Freiheit für Berlin und Deutschland	1
B. Aufbau und wirtschaftliche Gesundung	4
C. Soziale Sicherheit und Gerechtigkeit	8
D. Arbeit und Hilfe für die junge Generation	11
E. Toleranz, geistige Regsamkeit und künstlerische Entfaltung	13
F. Fortschrittliche Verwaltung und Rechtspflege	15

A 97 - 05488



Titelbild: Einweihung der Freiheitsglocke am 24. Oktober 1950 in Berlin. Foto: Berger

Herausgeber: Sozialdemokratische Partei Deutschlands, Landesverband Groß-Berlin
Lizenz Nr. 177 der Britischen Militärregierung in Berlin

Druck: Neue Graphische Gesellschaft m. b. H., Berlin-Grunewald, Bismarckplatz
10 000 / November 1950 / Kl. „C“

A. Einheit in Freiheit für Berlin und Deutschland

1. Kompromißloser Kampf für Freiheit, Menschenwürde und Rechtssicherheit.

Mehr als alle anderen deutschen Länder und Städte ist Berlin Opfer des Krieges und des Terrors geworden. Die gespaltene Hauptstadt symbolisiert die Lage Gesamtdeutschlands. Sie spiegelt auch die europäische Situation angesichts der Bedrohung durch die östliche Gewaltherrschaft wider. In Berlin konzentriert sich ein wesentlicher Teil des die Welt umspannenden Konflikts der Mächte und der Ideen.

Aber Berlin ist auch zu einem Kraftfeld demokratischer Erneuerung geworden. Durch ihre entschlossene Abwehr haben die Berliner und Berlinerinnen dazu beigetragen, der Sowjetisierung des deutschen und europäischen Westens Einhalt zu gebieten. Sie haben den Widerstand im sowjetischen Machtbereich wachgehalten, die Hoffnung auf die deutsche Einheit in Freiheit neu entfacht und sichtbar daran mitgewirkt, die Mauern zwischen Deutschland und der freien Welt zu durchbrechen.

Die Sozialdemokratie hat die Führung im Ringen um die Freiheit und Einheit in Berlin. Sie wird sich weiter davon leiten lassen, daß dieser Kampf die Voraussetzung für die Freiheit und Einheit Deutschlands ist.

2. Die Sozialdemokratie bleibt ihren Zielen treu: kein Sozialismus ohne Demokratie.

Dem Angriff des Totalitarismus kann auf die Dauer nur erfolgreich begegnet werden, wenn der Lebensstandard gehoben und die soziale Sicherheit gewährleistet wird.

Es gibt keinen echten Fortschritt, wenn die Grundlagen der Kultur und der staatsbürgerlichen Freiheit zerstört werden. Die geschichtliche Erfahrung lehrt aber auch, daß die Freiheit in steter Gefahr ist, wenn sie nicht auf wirtschaftlicher Sicherheit und sozialer Gerechtigkeit fußt.

Die Sozialdemokraten wollen verhindern, daß sich staatliche Organisationen, wirtschaftliche Machtzusammenballungen oder einflußreiche Manager zu Herrschern über Staatsbürger aufschwingen, anstatt dem Gemeinwohl zu dienen.

Die Sozialdemokraten erstreben eine Gesellschaftsordnung, in der bei individueller Entfaltung die Reichtümer der Natur ebenso wie die Errungenschaften menschlichen Geistes in sinnvoller Zusammenarbeit der Gesamtheit des Volkes zugute kommen. Planende Maßnahmen müssen Massenelend und Arbeitslosigkeit vorbeugen. Durch die Weiterentwicklung der Demokratie müssen persönliche Vorrechte und jegliche Unterdrückung verhindert werden.

Die Sozialdemokraten lehnen es entschieden ab, einen scheinbaren Fortschritt diktatorischer Planung mit dem Verlust von Freiheiten zu bezahlen. Für sie gibt es nur einen Sozialismus, mit Demokratie.

3. Zusammenfassung der demokratischen Kräfte für die Einheit Deutschlands in einem freien Europa.

Für die Sozialdemokraten besteht das erste nationalpolitische Ziel darin, die wider-natürliche Trennung der Sowjetzone von der Bundesrepublik zu beseitigen. Die Einheit Deutschlands auf dem Boden der Freiheit muß zu einem unabänderlichen Programmpunkt demokratischer Außenpolitik werden.

Berlins Schicksal ist unlösbar mit der Wiedervereinigung Deutschlands verknüpft, die Einheit Deutschlands mit dem Kampf um den demokratischen Zusammenschluß Europas verbunden.

Es gibt keine europäische Zukunft und keinen Weltfrieden ohne Sicherheit Europas und ohne Rückgewinnung des europäischen Osten.

Es gibt keine Sicherung der deutschen Zukunft und Lebensmöglichkeiten ohne Wiederherstellung der Rechtssicherheit und der Selbstbestimmung in einem wiedervereinigten Deutschland.

4. Wiederherstellung der Einheit Berlins. Für freie Wahlen im Ostsektor.

Die Sozialdemokraten treten in allen Sektoren unermüdlich für die Einheit Berlins auf demokratischer Grundlage ein.

Die Berliner und Berlinerinnen werden niemals auf ihr Recht verzichten, ihre verantwortlichen Körperschaften durch allgemeine, freie, direkte und geheime Wahlen in allen Teilen der Stadt zu wählen und dadurch die Einheit eines gewaltsam gesprengten Organismus wiederherzustellen. Mit gleicher Entschiedenheit erhebt die Berliner Sozialdemokratie die Forderung: Freie Wahlen in allen Zonen Deutschlands.

Die neue Verfassung gilt für ganz Berlin. Das Abgeordnetenhaus wird für ganz Berlin gewählt, und es wird für alle Berliner tätig sein. Die Sitze für den Ostsektor werden freigehalten. Solange der Ostsektor nicht mitwählt, wird die Sozialdemokratie für eine andere Form seiner Vertretung im Abgeordnetenhaus sorgen.

5. Volle Einbeziehung Berlins und echte gesamtdeutsche Aktivität der Bundesrepublik.

Die Bundesrepublik stellt den Beginn der staatlichen Neuordnung dar. Sie ist berechtigt und verpflichtet, im Namen des ganzen deutschen Volkes innerhalb der Staatsgrenzen von 1937 zu sprechen.

Nach deutscher Auffassung ist das Land Berlin Bestandteil der Bundesrepublik.

Berlin hat seine unter sozialdemokratischer Führung ausgearbeitete neue Verfassung und damit ein echtes parlamentarisches Regierungssystem erhalten. Bei Anerkennung des Grundgesetzes bekämpfen die Sozialdemokraten alle Bestrebungen, die auf eine Gleichschaltung der Länder durch den Bund hinauslaufen. Sie widersetzen sich jeglichem Versuch solcher Gruppen, die mit Hilfe des Bundes die Mehrheitsverhältnisse in Berlin zu verfälschen beabsichtigen.

Die Sozialdemokraten sind immer für die volle Eingliederung Berlins als zwölftes Land und für die Eingliederung der Länder der Sowjetzone in die Bundesrepublik eingetreten. Die Berlin-Politik der Bundesregierung war zögernd, ihre Haltung zu gesamtdeutschen Fragen unklar und unentschlossen.

Die Sozialdemokraten wollen alle Widerstände überwinden, die der Eingliederung Berlins und aller deutschen Länder in den Bund entgegenstehen. Sie verlangen, daß der erst-rangigen Bedeutung der deutschen Hauptstadt im Ringen um ein einheitliches Deutschland und ein freies Europa durch alle maßgeblichen Faktoren der Bundesrepublik Rechnung getragen wird.

6. Aktive Berlin-Politik als Voraussetzung für die Wiedervereinigung Deutschlands.

Berlin muß zu einem Zentrum gemacht werden, das in zunehmendem Maße Freiheitsenergien und Kulturwerte ausstrahlt. Wenn Berlin diese Aufgaben erfüllen soll, muß es wirtschaftlich und sozial gesichert werden.

Die Bundesrepublik muß durch sichere, ausreichende und konstruktive Maßnahmen einen Ausgleich dafür schaffen, daß die Existenzgrundlagen Berlins durch die zeitweilige Ausschaltung hauptstädtischer Aufgaben, die Volldemontage, die Blockade und die ihr folgenden Drosselungsversuche weitgehend zerstört wurden. Die Berlin-Hilfe ist eine politische Not-

wendigkeit, die nicht durch kleinliche Gesichtspunkte regionaler Art, durch Erwägungen der Bequemlichkeit oder durch kurzsichtige politische Spekulationen beeinträchtigt werden darf.

Über die deutschen Anstrengungen hinaus bedarf Berlin weiterhin wirtschaftlicher Unterstützung durch die westliche Welt.

Die Sozialdemokratie erkennt die bisher geleistete Hilfe an. Sie macht sich aber zum Sprecher aller Berliner und Berlinerinnen, wenn sie erwartet, daß Berlin durch geeignete Maßnahmen in die Lage versetzt wird, seinen Bürgern eine menschenwürdige Existenz zu sichern, um seine gesamtdeutsche und europäische Aufgabe erfüllen zu können. Solange sich die Bundesgesetzgebung noch nicht unmittelbar auf Berlin erstreckt, muß die Gleichstellung in wirtschaftlicher und finanzieller Hinsicht durch Verträge zwischen Bonn und Berlin sichergestellt werden.

7. Für freie Verkehrsverbindungen zwischen Berlin und der Bundesrepublik.

Berlin hat Anspruch auf freie Verkehrsverbindungen nach Ost und West. Die Sozialdemokraten fordern daher die Internationalisierung der Autobahn Berlin—Helmstedt und der Eisenbahn Berlin—Marienborn, ungehinderten Wasserstraßen- und Postverkehr und den Ausbau der Flugverbindungen.

Von der Bundesregierung erwarten die Sozialdemokraten, daß sie sich diese Forderungen zu eigen macht und sie im Rahmen der Handelspolitik gegenüber dem Osten durchsetzt. Von den westlichen Demokratien erwartet die Sozialdemokratische Partei, daß sie die deutschen Forderungen mit Nachdruck gegenüber der Sowjetunion vertreten und eine Garantie freier Verkehrsverbindungen übernehmen.

8. Gegen kommunistischen Betrug. Für Auflösung der sowjetzonalen Bürgerkriegsarmee.

Die kommunistische Forderung nach Abzug der Besatzungstruppen ist ein Ablenkungsmanöver und dient der Vorbereitung einer Bürgerkriegssituation.

Vorschläge für eine „neutrale“ Sonderstellung Berlins sind eine Illusion. Den Interessen Berlins wird dadurch gedient, daß man seine Verbindungen zur Bundesrepublik und zur westlichen Welt ausbaut und festigt.

Die Berliner und Berlinerinnen wissen, daß es ihnen die westlichen Alliierten ermöglicht haben, die größten Schwierigkeiten zu überwinden. Die entschiedene Haltung der Männer und Frauen von Berlin wird mit der von den westlichen Demokratien versprochenen Sicherheit ausreichen, um allen Anschlägen aus dem Osten zu begegnen. Die Kommunisten müssen sich stets darüber im klaren sein, daß ein Anschlag auf die Westsektoren ein Angriff auf die Demokratien wäre und das westliche Sicherheitssystem in Bewegung setzen würde.

Berlin soll der Beweis einer echten Demokratie gegen die „Volksdemokratie“ der Sowjetzone sein.

B. Aufbau und wirtschaftliche Gesundung

9. Für eine soziale Berlin-Politik zur Sicherung des Lebensstandards der breiten Schichten.

Die Sozialdemokratie verfißt kein Dogma. Sie bekämpft das Wirtschaftsdogma der Bundesregierung von der fälschlich sozial genannten Marktwirtschaft. Nicht diese, sondern eine soziale Berlin-Politik entspricht den Erfordernissen dieser Stadt.

Die Sozialdemokraten werden sich bemühen, in dem engen Berliner Rahmen fortschrittliche und beispielhafte Lösungen zu finden. Eine umfassende wirtschaftliche Neuordnung kann nur im Bereich des größeren Bundesgebietes gefunden werden. Eine allgemeine und fortdauernde Hebung des Lebensstandards wird nur im Rahmen einer Wirtschaftsordnung erreicht werden können, die demokratisch aufgebaut ist, demokratisch kontrolliert wird und allen Arbeit und ein würdiges Dasein sichert.

Die Sozialdemokratie will für Deutschland und Berlin die Grundlagen einer gesunden Produktion schaffen. Bei Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit sollen die Produktionsmittel planvoll eingesetzt werden, damit der größtmögliche Nutzen erreicht wird und — neben einer steten Verbesserung der Produktion — der Hebung des allgemeinen Lebensstandards zugute kommen kann.

10. Rationalisierung und Ausbau der Berliner Wirtschaft. Umfassende Errichtung neuer Produktionsstätten.

Die wirtschaftlich kritische Lage Berlins ist nicht nur eine Folge des Krieges und der Blockade, sondern vor allem der Spaltung Deutschlands und Berlins. Dadurch hat Berlin seine Funktion als Hauptstadt zeitweilig eingebüßt und wird daran gehindert, die mit den hauptstädtischen Aufgaben verbundenen Dienstleistungen auszuüben.

Erst wenn Berlin wieder Hauptstadt ist, wird es seine Not endgültig überwinden und den Zustand der Vollbeschäftigung erreichen können.

Zunächst müssen die Schäden, die die Wirtschaft durch die Demontagen ihrer Produktionsmittel 1945 und durch die nachfolgenden Behinderungen erlitten hat, weiter beseitigt werden. Daneben bedarf es einer weiteren konsequenten, dem heutigen Stand der Technik entsprechenden Rationalisierung, um mit Erfolg für den deutschen und internationalen Markt produzieren zu können.

Über die volle Ausnutzung der nutzbaren Kapazitäten der Berliner Produktion hinaus müssen in verstärktem Maße Produktionen aufgebaut werden, um Arbeitsplätze zu schaffen, die zumindest einen beträchtlichen Teil der durch die Strukturveränderungen arbeitslos Gewordenen aufnehmen können. Das Schwergewicht muß auf der Entwicklung spezifisch Berliner Export-Industrien liegen, die die fachliche Fähigkeit des Berliner Arbeiters einzusetzen imstande sind.

11. Berlin braucht Aufträge und Kredite aus dem Westen.

Berlin hat bereits in beträchtlichem Maße Hilfe aus außerdeutschen Quellen, vor allem aus den Mitteln des ERP, erhalten. Die Privatwirtschaft der Bundesrepublik hat weitgehend versagt. Sie ist sich ihrer nationalen Verpflichtung nicht bewußt gewesen.

Die Sozialdemokraten erwarten, daß der deutsche Westen die Anstrengungen der Berliner Regierung und Wirtschaft durch weitsichtige Kreditgewährung unterstützt. Der Berliner Produktion sind die gleichen Absatzbedingungen auf den Märkten zu schaffen wie der westdeutschen Produktion. Schwierigkeiten, die sich aus der bedrängten Lage Berlins ergeben, sind durch besondere Erleichterungen auszugleichen.

Der Fremdenverkehr muß gefördert, das Berliner Ausstellungswesen muß ausgebaut werden.

Die Auslandsvertretungen der Bundesrepublik müssen auch Berliner Wirtschaftsinteressen wahrnehmen.

Öffentliche und ausländische Mittel dürfen nicht dazu verwandt werden, um in der Bundesrepublik Industrien auszubauen, die Berliner Produktionskapazitäten entbehrlieh machen und den Absatz Berliner Produkte erschweren.

Von der Bundesregierung muß erwartet werden, daß sie der Wirtschaft mit gutem Beispiel vorangeht und weit mehr als bisher gemachte Zusagen einhält und sowohl Aufträge wie zentrale Bundesbehörden an Berlin abgibt.

12. Überwindung der Arbeitslosigkeit.

Das Recht auf Arbeit ist ein Menschenrecht. Das Recht auf Arbeitslosenunterstützung ist nur ein Ersatz, wenn ein Arbeitsplatz nicht nachgewiesen werden kann.

In Berlin würde es auch bei voller Ausnutzung der Kapazitäten noch nicht möglich sein, allen Arbeitsfähigen Beschäftigung zu geben. Die Arbeitslosigkeit wird sich entscheidend nur in dem Maße überwinden lassen, in dem der weitere Aufbau einer absatzfähigen Produktion und dadurch die Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze gelingt.

Der Einsatz der verfügbaren öffentlichen Mittel muß in erster Linie darauf abzielen, vorhandene Kapazitäten auszunutzen und neue Arbeitsplätze zu schaffen. Die Sozialdemokratie setzt sich auch dafür ein, daß öffentliche Mittel für Arbeiten gemeinnützigen Charakters bereitgestellt werden, um den sonst nicht verwendbaren Kräften eine Möglichkeit der Beschäftigung zu geben. Das Bestreben muß jedoch dahin gehen, solche Maßnahmen in unmittelbar produktionsfördernde Bahnen zu lenken.

13. Erweiterung der Produktion durch ausreichende Kredithilfe.

Die Sozialdemokraten haben im Mai 1948 vor allen anderen umfassende Kredithilfe für Berlin gefordert. Sie stellten fest, daß Berlin mindestens eine Milliarde für Investitionsmittel benötige, um wieder lebensfähig zu werden.

Den ausdauernden Bemühungen der sozialdemokratischen Vertreter im Magistrat ist es gelungen, Berlin in das Europäische Wiederaufbauprogramm (ERP) einzuordnen. Dieses Programm beweist, daß Europa nicht nach liberalistischen Doktrinen, sondern nur in planvoller Zusammenarbeit wiederaufgebaut werden kann.

Die Berliner Schwierigkeiten zeigen besonders deutlich, daß die private Wirtschaft auf Stützung mit öffentlichen Mitteln angewiesen ist. Die Sozialdemokratie ist zu produktionsfördernden Maßnahmen aller Art bereit. Sie vertritt aber die Meinung, daß der öffentlichen Hand dabei auch ein Mitspracherecht eingeräumt werden muß, wenn sie mit in das Unternehmensrisiko einbezogen wird.

Die Sozialdemokratie ist weiterhin bemüht, die Berliner Produktionsstätten durch Kredite aus deutschen und außerdeutschen Quellen mit der Produktion der Bundesrepublik und des Auslands qualitativ und wirtschaftlich konkurrenzfähig zu machen.

Soweit für Kredite ohne Verschulden der Unternehmen bankmäßige Sicherungen nicht gestellt werden können, müssen unter Einschaltung aller Sicherungen weiterhin öffentliche Bürgschaften gewährt werden. Da die Möglichkeiten der Berliner Regierung begrenzt sind, müssen hierfür westdeutsche und ausländische Quellen erschlossen werden.

Die Stellung der Berliner Zentralbank im Rahmen der Berliner Wirtschaft muß verstärkt werden.

14. Stützung und krisensichere Erhaltung des Handwerks, der Klein- und Mittelbetriebe. Errichtung eines Gewerbeförderungsinstituts.

Die Sozialdemokratie erkennt die Bedeutung des Handwerks, der Klein- und Mittelbetriebe für die Berliner Wirtschaft. Gerade aus diesen Bereichen stammt ein entscheidender Teil jener Qualitätsproduktion, die Berlin auf dem Weltmarkt Achtung verschafft hat. Die

heute noch arbeitslosen Facharbeiter finden ihren Arbeitsplatz vornehmlich im Bereich dieser Industrien.

Der größere Teil der Klein- und Mittelbetriebe ist immer noch auf außerordentliche Stützungsmaßnahmen angewiesen. Sie sind durch die Geldreform und die Blockade besonders hart betroffen worden. Die sogenannte „freie“ Marktwirtschaft hat ihnen keine entscheidende Hilfe bringen können. Im weitesten Umfang hat sie zum Verschleiß der letzten Reserven geführt. Die Gefahr, die den Kleinbetrieben von monopolartigen Unternehmen droht, ist keineswegs abgewehrt.

Die Ausstattung der Klein- und Mittelbetriebe mit Betriebsmittelkrediten ist eine vorrangige Aufgabe. Dafür werden öffentliche Bürgschaften in möglichst starkem Maße bereitgestellt werden müssen. Die Sozialdemokratie wird darüber hinaus auch alle anderen Maßnahmen fördern, die den kleinen und mittleren Unternehmen Hilfe in betriebswirtschaftlicher und technischer Hinsicht bringen können.

Die Sozialdemokratie fordert die Errichtung eines Gewerbeförderungsinstituts. Jeder gewerbliche Mittel-, Klein- und Handwerksbetrieb soll das Recht haben, die diesem Institut angegliederten und behördlichen Weisungen nicht unterworfenen Kreditberatungs- und Kreditförderungsanstalten gebührenfrei in Anspruch zu nehmen.

Die Sozialdemokratie wird sich für den genossenschaftlichen Zusammenschluß — bei Ablehnung des Mißbrauchs, den die östlichen Machthaber mit dem Genossenschaftsgedanken betreiben — und die Spezialisierung auf geeignete Produktionen einsetzen und auf diese Weise mithelfen, die kleinen Betriebe kredit- und konkurrenzfähig zu machen. Ganz allgemein sind Bestrebungen zu Gemeinschaftswerbungen für Berliner Produkte weiterhin zu unterstützen.

15. Wiederherstellung des erhaltungswürdigen Wohnraums. Für sozialen Wohnungsbau.

Die Sozialdemokratie fordert, daß weiterhin alles getan wird, um die Wohnraumnot zu beseitigen. Diese kann in Berlin erheblich behoben werden, wenn die Häuser und Wohnungen weiter instand gesetzt werden. Bei Neubauten ist die Erstellung von Kleinstwohnungen für Alleinstehende zur Freimachung der Normalwohnungen für Familien und Frauen mit Kindern zu fördern.

Die mit öffentlichen Mitteln geförderten Wohnungen müssen vorwiegend der Bevölkerung mit geringem Einkommen zur Verfügung gestellt werden. In allen Wohngebieten muß genügend Bauland für die Errichtung von Kinderhorten, Erholungsstätten und Spielplätzen bereitgestellt werden.

16. Moderne Stadtplanung nach sozialen Gesichtspunkten. Sicherung von Kleingarten-Dauersiedlungen.

Die Sozialdemokratie betrachtet es als Ziel der städtebaulichen Planung, die überbevölkerten Wohngebiete aufzulockern und durch Dauergrünland zu durchdringen.

Ein Gesetz über Baulandbeschaffung und die dadurch zu regelnde Enteignungsfrage wird von der Sozialdemokratie für dringend notwendig erachtet. Das Bau- und Bodenrecht ist weiterzuentwickeln. Durch Ansammlung der Abschreibungsbeträge des städtischen Grundbesitzes sind die finanziellen Möglichkeiten einer Sanierung zu schaffen.

Bei der Stadtplanung müssen Kleingartendauerflächen in angemessenem Umfang gegen geringes Entgelt eine langfristige Sicherung erhalten.

17. Für den Ausbau der öffentlichen Betriebe. Förderung des Genossenschaftswesens.

Durch die Eigenart des Berliner Wirtschaftslebens ist bedingt, daß öffentliche Betriebe eine besonders große Rolle spielen. Die Sozialdemokratie erstrebt den Ausbau dieser Betriebe und die Verbesserung ihrer Einrichtungen, besonders auf den Gebieten der Energieversorgung und des Verkehrs. Der mit dem Aufbau des Kraftwerkes West beschrittene Weg

ist fortzusetzen. Die durch die Kriegs- und Nachkriegsentwicklung außerordentlich schwer betroffene BVG muß wieder sicher fundiert werden.

Das Genossenschaftswesen ist als eine demokratische Wirtschaftsform in den dafür geeigneten Bereichen zu fördern.

18. Für eine soziale Preis- und Lohnpolitik.

Die Rationalisierung der Berliner Wirtschaft muß weiterhin mit dem Ziel verfolgt werden, die Wirtschaftlichkeit in allen Zweigen zu erreichen. Durch Angleichung der Preise an das günstigste Kostengefüge der Berliner Produktion ist dem Verbraucher eine Verbesserung seines Lebensstandards zu ermöglichen.

Die Sozialdemokratie tritt dafür ein, daß überhöhte und volkswirtschaftlich nicht zu verantwortende Handelsgewinne ausgeschaltet werden. Sie wird die gewerkschaftlichen Bemühungen unterstützen, den Reallohn gegen Preissteigerungen zu sichern. Darüber hinaus tritt sie für eine der allgemeinen Wirtschaftslage angepaßte Hebung der Löhne ein, wobei die niedrigsten Einkommen besonders zu berücksichtigen sind.

19. Kampf dem schwarzen Ost-West-Handel. Maßgebende Berücksichtigung Berlins innerhalb des legalen Interzonenhandels.

Spekulative Nutznießer des Währungsgefälles müssen schärfstens zur Verantwortung gezogen werden. Firmen, die sich des Schmuggels schuldig machen, ist die Gewerbe-erlaubnis zu entziehen. Der Kurs zwischen Westmark und Ostmark muß unter öffentlicher Kontrolle festgesetzt werden.

Die Sozialdemokratie fordert, daß der schwarze Ost-West-Handel auch in der Bundesrepublik durch drastische Maßnahmen unterbunden wird. Demhingegen muß Berlin maßgeblich in den legalen Interzonenhandel einbezogen und zu seinem hauptsächlichen Umschlagort werden. Dem Interzonenhandel und dem Handel mit dem sowjetischen Block müssen Überlegungen zugrunde liegen, die von gesamtdeutscher Verantwortung getragen sind. Wirtschaftliche Sanktionen der Bundesrepublik müssen gegebenenfalls angewendet werden, um die Interessen Berlins in wirtschaftlicher und verkehrsmäßiger Hinsicht zu verteidigen.

20. Für einen Gesamtberliner Wirtschaftsplan. Für zeitentsprechende Formen der Wirtschaftsverwaltung.

Die Berliner Wirtschaft muß im Interesse der Allgemeinheit planvoll aufgebaut werden. Die starke Beanspruchung von Krediten aus öffentlichen Kapitalquellen, die Bereitschaft der öffentlichen Hand zur Übernahme von Bürgschaften und die Pflicht zur Weiterführung der Rationalisierung erfordern eine sinnvolle Koordinierung der wirtschafts- und finanzpolitischen Maßnahmen. Dazu bedarf es einer Lenkung der Kredite und eines Wirtschaftsplans, der den sich wandelnden Verhältnissen Rechnung trägt.

Die Sozialdemokratie tritt für eine soziale Finanzpolitik ein. Sie fordert u. a. eine Bereinigung der Steuerrückstände unter Ablehnung einer allgemeinen Steueramnestie, die soziale Staffelung des Währungsnotopfers und der Gebühren nach dem Einkommen und steuerliche Maßnahmen, um die Ansiedlung neuer Betriebe in Berlin zu fördern. Der Etat ist mit dem Wirtschaftsplan in Übereinstimmung zu bringen. Er ist dem Abgeordnetenhaus und den Bezirksparlamenten so rechtzeitig vorzulegen, daß eine gewissenhafte Beratung möglich ist.

Die Sozialdemokratie tritt dafür ein, daß die Arbeitnehmer in gleicher Weise wie die Unternehmen zur Erfüllung der Selbstverwaltungsaufgaben der gewerblichen Wirtschaft herangezogen und in die Entscheidung von wirtschaftspolitischen Fragen eingeschaltet werden.

Neue Organisations- und Verwaltungsformen der Wirtschaft sind für Deutschland und Berlin notwendig. Die Sozialdemokratie wird sich für zeitentsprechende, demokratische Lösungen einsetzen.

C. Soziale Sicherheit und Gerechtigkeit

21. Die Existenzgrundlagen aller müssen gesichert werden. Die Allgemeinheit muß für den Schutz der Schwachen und Notleidenden aufkommen.

In einer demokratischen Gesellschaft ist soziale Sicherheit uneinläßlich. Sie erfordert soziales Verantwortungsbewußtsein und bedeutet, daß das Sozialgefüge zur Sicherung der Existenz, der Freiheit und der Würde des Menschen geordnet wird. Berlin steht angesichts seiner hohen Sterblichkeit und Überalterung, seiner vielen Kriegs- und Nachkriegsopfer besonders großen sozialpolitischen Verpflichtungen gegenüber.

Sozialpolitik ist mit der Wirtschaft eng verbunden. Die Sozialdemokratie wird an den Grenzen bestehender Wirtschaftsverhältnisse nicht haltmachen, wenn die Not der Menschen das Beschreiten neuer Wege erheischt.

22. Für ein zeitgemäßes Arbeits- und Tarifrecht.

Auf der Grundlage des Tarifvertragsgesetzes muß eine moderne Gestaltung der Arbeitsverhältnisse erfolgen. Die in Berlin noch durch nationalsozialistische Gesetze und Tarifordnungen gekennzeichnete Lage ist zu bereinigen. Jugendliche, Frauen und Männer haben bei gleicher Leistung Anspruch auf gleiche Entlohnung. Aus diesem Grunde ist die Änderung der bisherigen Tarifverträge im Sinne der Arbeitsbewertung unerläßlich.

Das Schlichtungsverfahren auf tarifvertraglicher Grundlage ist neben dem staatlichen Schlichtungswesen weiterzuentwickeln. Die Sozialdemokratie fordert weiter ein Arbeitsvertragsgesetz, das den Erfordernissen und Erkenntnissen der Gegenwart entspricht. Das Spruchverfahren bei Streitigkeiten aus der Sozial- und Arbeitslosenversicherung ist der Arbeitsgerichtsbarkeit anzugliedern.

Für jeden Arbeitnehmer fordert die Sozialdemokratie einen gesetzlich festgelegten jährlichen Mindesturlaub von zwölf Arbeitstagen. Jugendliche müssen einen erhöhten Erholungsurlaub erhalten.

Eine gesunde wirtschaftliche und sozialpolitische Entwicklung erfordert starke demokratische Gewerkschaften.

23. Für die Mitbestimmung der Arbeitnehmer in Betrieb und Wirtschaft. Für ein modernes Betriebsrätegesetz.

Die Sozialdemokraten setzen sich für die Forderung der Gewerkschaften ein, daß die Betriebsräte in allen sozialen und personellen Fragen mitbestimmend sein sollen. Sie fordern weiter die wirtschaftliche Mitbestimmung der Arbeitnehmer in allen Betrieben und Unternehmen. Auch auf überbetrieblicher Ebene ist das Mitbestimmungsrecht der Gewerkschaften gesetzlich zu regeln.

Die Berliner Arbeitnehmer haben Anspruch auf ein modernes Betriebsrätegesetz und auf eine allgemeine Regelung der wirtschaftlichen Mitbestimmung. Diese Gesetze müssen vom Abgeordnetenhaus geschaffen werden, falls die Gesetzgebung auf Bundesebene ausbleibt oder Lücken offenläßt.

24. Für ein einheitliches System der Sozialversicherung. Ausbau der Kranken-, Renten- und Unfallversicherungen. Selbstverwaltung der Versicherten.

Die Sozialdemokratie erstrebt auf gesamtdeutscher Ebene einen allgemeinen und kostenfreien Gesundheitsdienst für alle. Sie erstrebt darüber hinaus eine allgemeine Staatsbürgerversorgung, die jedem ein Mindestmaß an sozialer Sicherung verbürgt.

Die Sozialdemokratie lehnt die Beschlüsse des Bundestages schärfstens ab, durch die der Einfluß der Versicherten hinter den Stand der Kaiserzeit zurückrevidiert worden ist. Sie bekämpft eine die sozial Schwächsten schädigende Zersplitterung und die Wiedererrichtung von Arme-Leute-Kassen. Die einheitliche Organisation der Sozialversicherung in Berlin muß aufrechterhalten bleiben.

Berlin muß in den Bundesausgleich auf dem Gebiet der Sozialversicherung einbezogen werden. Das ist eine Voraussetzung für den erforderlichen Ausbau der bestehenden Einrichtungen und für die Sicherung der Rentenleistungen. Bei der Anpassung an das Sozialversicherungsrecht in der Bundesrepublik wird die Sozialdemokratie verlangen, daß die besonderen Bedürfnisse Berlins berücksichtigt werden und seine Länderrechte gewahrt bleiben.

In der Rentenversicherung muß erreicht werden, daß Berlin unter Beibehaltung aller Leistungsverbesserungen dieselben Sätze auszuzahlen imstande ist, die im Bundesgebiet auf Grund des Sozialversicherungs-Anpassungsgesetzes gezahlt werden.

Die verbesserten Leistungen in der Krankenversicherung zur Erhaltung und Wiederherstellung von Gesundheit und Arbeitskraft sowie die vorbeugenden Maßnahmen gegen die Gefahren des Arbeitslebens sind beizubehalten und weiter auszubauen.

In der Unfallversicherung ist eine Neuregelung anzustreben, die die Möglichkeit bietet, Teilrenten zu gewähren und die bei Vollrenten die Leistungen nach dem Sozialversicherungs-Anpassungsgesetz sichert.

Die Versorgung der Arbeitslosen sollte durch eine Selbstverwaltungskörperschaft öffentlichen Rechts erfolgen. Es bedarf der Einbeziehung Berlins in die im Bundesgebiet zu schaffende Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung.

25. Wiedergutmachung für die Verfolgten des Naziregimes.

Die Sozialdemokratie betrachtet die abschließende gesetzliche Regelung der Wiedergutmachung, — vor allem die angemessene Versorgung der körperlich Versehrten und der Hinterbliebenen — als Ehrensache der deutschen Demokratie. Für die Schäden, die durch die politischen, rassischen und religiösen Verfolgungen während der Naziherrschaft entstanden, muß endlich ein Ausgleich geschaffen werden.

Die Sozialdemokratie wendet sich aber dagegen, daß Mittel aus der Wiedergutmachung solchen Elementen zugute kommen, die heute Vorschub für ein neues totalitäres Regime leisten.

26. Für die Existenzsicherung der Kriegversehrten und Kriegshinterbliebenen.

Die Sozialdemokratie setzt sich für die berechtigten Forderungen der Kriegsoffer, aber natürlich auch der Zivilgeschädigten ein.

Die Sozialdemokratische Partei ist für eine einheitliche Versorgung im ganzen Bundesgebiet und Berlin. Sie hat gefordert, daß die Kriegsopferversorgung der Bundesrepublik auf Berlin ausgedehnt wird.

Es ist darauf zu achten, daß Kriegversehrten im Rahmen ihrer körperlichen Leistungsfähigkeit Arbeitsplätze zugewiesen werden.

27. Gleichberechtigung für Heimatvertriebene und politische Flüchtlinge. Für einen sozialen Lastenausgleich.

Den Heimatvertriebenen, Kriegsgeschädigten und politischen Flüchtlingen aus der Sowjetzone und dem Ostsektor ist durch Ausdehnung des Soforthilfegesetzes der Bundesrepublik auf Berlin vordringlich Hilfe zu gewähren.



Der Lastenausgleich, der von den besitzenden Kreisen immer wieder hinausgezögert wurde, setzt eine Gesamtregelung im Rahmen der Bundesrepublik voraus. Die Sozialdemokratie tritt dafür ein, daß der Lastenausgleich in erster Linie den sozial schwächsten Gruppen der Heimatvertriebenen, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigten zugute kommt. In Berlin müssen dabei auch die Währungsgeschädigten berücksichtigt werden.

Die Sozialdemokraten setzen sich für eine zweckmäßige Verteilung der Flüchtlinge auf alle Länder der Bundesrepublik ein.

Die Reorganisierung der städtischen Flüchtlingsstelle ist schnellstens durchzuführen. Die Flüchtlings- und Durchgangslager sind auszubauen und erforderlichenfalls durch neue zu ergänzen. Es ist Aufgabe der Bundesrepublik, die Aufnahme und Weiterleitung der Flüchtlinge zu finanzieren.

Die wirtschaftliche Lage der Grenzgänger muß zumindest für die niedrigsten Umtauschgrenzen gebessert werden. Dies ist zu erreichen durch Umstellung der Umtauschsätze nach sozialen und familiären Gesichtspunkten und durch restlosen Ausschluß aller illoyalen Westberliner vom Umtausch. Die Lohnausgleichskasse Groß-Berlin ist parlamentarischer und gewerkschaftlicher Kontrolle zu unterstellen.

28. Ausbau der vorbeugenden und heilenden Gesundheitsfürsorge.

Die Sozialdemokratie fordert regelmäßige Gesundheitskontrollen, eine Krankenhausplanung sowie die Errichtung von Erholungsheimen und Gesundheitshäusern.

Die Tuberkulose muß durch soziale Maßnahmen und durch Reihenuntersuchungen bekämpft werden. Ausbau der Krebs- und Geschwulstbekämpfung. Energetische Maßnahmen gegen Gewerbekrankheiten.

Die Schwangeren-, Säuglings- und Wöchnerinnenfürsorge ist weiterzuentwickeln. Besondere Förderung der orthopädischen Fürsorge.

29. Verbesserung der Sozialfürsorge. Ausbau der Wohlfahrtspflege.

Die Fürsorge-Richtsätze sind an die der vergleichbaren Großstädte des Bundesgebiets anzupassen.

Die Sozialdemokratie tritt ein für den Bau von Alters- und Rentnerheimen, von Mütter- und Körperbehindertenheimen. Ausbau moderner Eheberatungsstellen.

30. Förderung von Sport, Spiel und Erholung.

Die große Bedeutung des Sports für die Volksgesundheit, Erziehung und allgemeine Menschenbildung ist bei der Gesetzgebung und durch die Verwaltung gebührend zu beachten. Weiterentwicklung der Sportarzt- und Sportlehrertätigkeit.

Im Interesse des Sports und der Volksgesundheit muß der Ausbau bzw. die Einrichtung moderner Sportplätze, Turnhallen und Freibäder weitergeführt werden.

Die Erholungsmöglichkeiten der Bevölkerung und eine sinnvolle Freizeitgestaltung sind zu fördern. Spielplätze müssen in größerer Zahl erstellt werden.

D. Arbeit und Hilfe für die junge Generation

31. Energische Maßnahmen zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit.

Die junge Generation wird durch die Schwierigkeiten der Nachkriegsentwicklung besonders stark betroffen. Die materielle Not schwächt den Widerstand gegen die auflösenden Kräfte unserer Zeit. Die Sozialdemokratie fordert daher — ungeachtet aller sonstigen Belastungen — die größten Anstrengungen, um der Jugend zu helfen.

Die Beschäftigungslosigkeit ist der entscheidende Ausgangspunkt für Fehlentwicklungen und Erscheinungen der Demoralisierung. Die Arbeitsbeschaffung für die Jugendlichen muß daher mit Vorrang behandelt werden.

32. Für eine gute Lehrlings- und Facharbeiterausbildung.

Das Berliner Berufsausbildungsgesetz ist schnellstens zu verabschieden. Vor allem aber müssen energische Anstrengungen gemacht werden, um den Schulentlassenen und berufslosen Jugendlichen zu Lehrstellen zu verhelfen. Unsere Wirtschaft braucht einen guten Facharbeiternachwuchs, nicht zuletzt für die vorhandenen und noch zu entwickelnden Exportindustrien.

Gesetzgeberische und steuerliche Maßnahmen müssen in dem Bestreben angewandt werden, die Industrie und das Handwerk in einem der Situation gerecht werdenden Umfang zur Einstellung von Lehrlingen zu veranlassen. Hierbei ist besonders die Einstellung weiblicher Lehrlinge zu berücksichtigen.

Die Sozialdemokratie tritt für die bestmögliche Lehrlings- und Facharbeiterausbildung ein. Sie erstrebt auch ausreichende betriebswirtschaftliche und wirtschaftspolitische Schulungsmöglichkeiten.

Begabten jungen Facharbeitern müssen in ausreichendem Maße Möglichkeiten zur Weiterbildung gewährt werden.

33. Errichtung moderner Lehrwerkstätten.

Öffentliche Lehrwerkstätten müssen mit dazu beitragen, der Berufsnot der Jugend zu steuern. Es wird sich dabei sowohl um die Durchführung einer Vorlehre als auch um eine Vollelehre, insbesondere auch für weibliche Lehrlinge, handeln können.

Moderne Lehrwerkstätten sollten zu einem beispielgebenden Erziehungswerk entwickelt werden und in Zusammenarbeit mit Handwerk und Industrie die Heranbildung eines besonders qualifizierten Facharbeiternachwuchses sichern.

34. Für ein umfassendes Jugendaufbauwerk.

Die Schwierigkeiten der Jugend sind in Berlin größer als in anderen Städten. Unter sozialdemokratischer Führung ist der Jugendanteil am Berliner Haushalt wesentlich ausgebaut worden. Berlin muß am Bundesjugendwerk und anderen für solche Zwecke bestimmten Mitteln maßgeblich beteiligt werden.

Im Rahmen des Jugendaufbauwerks sollte die Möglichkeit für Selbsthilfewerke geschaffen werden, wobei wirtschaftliche Notwendigkeiten in Rechnung zu stellen sind und jede Kasernierung abzulehnen ist. Die Sozialdemokratie lehnt die Einrichtung eines Arbeitsdienstes und arbeitsdienstähnlicher Lager ab.

Ohne den Vorrang der arbeitsbeschaffenden Maßnahmen zu vergessen, muß alles versucht werden, um Mittel für Jugendhäuser, Jugendwohnheime und Jugendherbergen, aber auch für Volkshochschulen, Jugendtheater und andere der jungen Generation dienende kulturelle Einrichtungen bereitzustellen.

35. Ausbau der Jugendhilfe und des Jugendschutzes.

Auf der Bundesebene müssen so rasch wie möglich die gesetzlichen Grundlagen für eine einheitliche moderne Jugendfürsorge geschaffen werden. Dazu sind die bestehenden Jugendgesetze — wie auch das geltende Familienrecht — zu überarbeiten und neue zu schaffen. Der nach dem früheren Jugendwohlfahrtsgesetz jedem Kind zustehende Anspruch auf Erziehung zu körperlicher, seelischer und gesellschaftlicher Tüchtigkeit muß verwirklicht werden.

Alle Maßnahmen der Jugendfürsorge müssen zur Abwendung körperlicher und geistiger Not ausgebaut werden.

Das Jugendstrafrecht und der Jugendstrafvollzug müssen entsprechend den modernen psychologischen und pädagogischen Erkenntnissen verändert werden.

Für Fürsorger, Erzieher, Jugendpfleger und sonstige Sozialarbeiter sind zeitentsprechende Ausbildungsstätten zu schaffen.

36. Praktische Jugendförderung. Verantwortliche Mitarbeit der Jugendlichen im öffentlichen Leben.

Die Förderung der Jugend in allen Zweigen des gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens ist die zentrale Aufgabe aller fortschrittlichen Jugendarbeit. Die Arbeit der demokratischen Jugendorganisationen ist nach Kräften zu unterstützen. Die Vertreter dieser Organisationen sind maßgeblich zur Planung und Gestaltung der Hilfsmaßnahmen für die Jugend heranzuziehen.

Eine staatsbürgerliche demokratische Erziehung muß alle genannten Maßnahmen begleiten. In allen Stufen des öffentlichen Lebens ist die Jugend zur Mitarbeit heranzuziehen. Jugendfördernde Aufgaben müssen im umfassenden Sinne Pflichtaufgaben der Verwaltung sein.

Um eine durchgreifende Jugendförderung und Jugendfürsorge zu gewährleisten, wird ein selbständiges Jugendamt unter selbständiger ministerieller Vertretung im Senat sichergestellt.

E. Toleranz, geistige Regeksamkeit u. künstlerische Entfaltung

37. Freiheit der Meinung und des Bekenntnisses. Kein Mißbrauch der Religion für macht- oder parteipolitische Zwecke.

Die Sozialdemokratie tritt für die Freiheit der Meinung und des Bekenntnisses ein. Die Grundsätze der Toleranz, der Menschlichkeit und der Achtung vor allen Kulturelementen betrachtet sie als unabdingbar.

Die Sozialdemokratie erstrebt nach wie vor die Trennung von Kirche und Staat. Sie bekämpft keine Religionen, wohl aber den Mißbrauch der Religion für politische oder geschäftliche Zwecke.

38. Praktische Durchführung der Berliner Schulreform. Beseitigung der Schulraumnot.

Das Schulgesetz gibt jedem die Möglichkeit der seiner Begabung gemäßen Ausbildung. Die Sozialdemokratie fordert ausreichende Mittel zur praktischen Durchführung der Schulreform, vor allem für Lernmittel- und Schulgeldfreiheit sowie für Erziehungsbeihilfen, die unerlässlich sind, um jedes Bildungsprivileg zu beseitigen.

Die Sozialdemokratie erstrebt eine verstärkte Mitarbeit der Eltern in der Schule. Die Durchführung des Schulgesetzes — bei ständiger Berücksichtigung neuer Erfahrungen — erfordert eine moderne Gestaltung der Schulen und Schulräume und darüber hinaus den Bau von neuen Schulanlagen.

Zur Sicherung des Facharbeiternachwuchses müssen die Berufs- und Fachschulen beschleunigt ausgebaut und mit Werkstätten neuzeitlich eingerichtet werden.

39. Freiheit der Forschung und Förderung der Wissenschaft.

Die Sozialdemokratie hat sich stets für die Freiheit der Forschung und Lehre eingesetzt.

Das Hochschulstudium muß allen Begabten ungeachtet ihrer Herkunft und wirtschaftlichen Lage möglich sein. Zu Hochschullehrern dürfen nur solche Persönlichkeiten berufen werden, die auf dem Boden der Demokratie stehen. Die Arbeit der Berliner Hochschulen ist sinnvoll aufeinander abzustimmen, damit unnötige Überschneidungen und Ausgaben vermieden werden.

Das Studium der politischen Wissenschaften ist auszubauen und möglichst großen Kreisen nahezubringen.

Die Neugründung einer Akademie der Wissenschaften ist eine wichtige kulturelle Aufgabe für die nächste Zeit.

Der Ausbau der zentralen wissenschaftlichen Bibliothek ist notwendig, damit die Forschung in Berlin den Anschluß an die Forschung der Welt in vollem Umfang wiederfindet.

40. Förderung der Erwachsenenbildung. Ausbau der Volkshochschulen und der Volksbüchereien. Kulturelle Hilfe für die Erwerbslosen.

Dem Lese- und Bildungsbedürfnis breiter Schichten dient die Erhaltung, der weitere Ausbau und die wirtschaftliche Sicherung der Volkshochschulen und Volksbüchereien. Jugendbüchereien und Lesesäle sind dabei besonders zu berücksichtigen.

Die Einrichtungen der Volksbildung sollten in starkem Maße in den Dienst der Erwerbslosenhilfe gestellt werden.

41. Freiheit des künstlerischen Schaffens. Förderung des Theaters, der Musik und des gesamten künstlerischen Lebens.

Die führende Stellung Berlins im gesamten Kulturleben muß aufrechterhalten werden und darf an finanziellen Schwierigkeiten nicht scheitern.

Die Oper, die städtischen Bühnen und die Berliner Konzertsäle sind entsprechend ihrer Bedeutung auszustatten. Die Freie Volksbühne muß mit ausreichenden Mitteln ausgestattet werden, damit sie ihre Aufgaben erfüllen und auch Mitgliedern aus dem Ostsektor und der Sowjetzone echte kulturelle Werte vermitteln kann.

Die nach dem Westen verlagerten Kunst- und Altertumsschätze müssen — ebenso wie die Berliner Bibliotheken und Archive — wieder nach Berlin gebracht werden.

Internationale Kunstausstellungen müssen den Kontakt zum künstlerischen Schaffen der Welt herstellen. Den Berliner bildenden Künstlern muß jede Möglichkeit zur Ausstellung geboten werden. Bei öffentlichen Bauten ist ein angemessener Prozentsatz für die Beteiligung bildender Künstler bereitzustellen.

42. Förderung von Rundfunk und Film.

Die Schaffung eines Berliner Senders ist zu fordern. Vorerst ist ein stärkerer Einfluß Berlins auf die bestehenden Sender zu erwirken. Das Rundfunkhaus in der Masurenallee muß freigegeben werden.

Die Berliner Filmindustrie soll wieder führend werden. Die Herstellung kulturell und erzieherisch wertvoller Filme ist besonders zu fördern.

43. Vermittlung echter Kulturwerte in die Sowjetzone. Schaffung eines Kulturfonds.

Die in Berlin zu leistenden kulturellen Aufgaben greifen über den Rahmen dieser Stadt weit hinaus. Sie tragen gesamtdeutschen Charakter und sind mit einem Aufwand verbunden, den Berlin nicht allein aus eigener Kraft und aus laufenden Haushaltsmitteln aufzubringen vermag.

Berlin muß daher durch die Schaffung eines Kulturfonds aus westlichen Mitteln in die Lage versetzt werden, seine kulturellen Aufgaben gegenüber der sowjetischen Besatzungszone in zunehmendem Maße erfüllen zu können.

Durch solche Mittel könnten Wissenschaft und Kunst in Berlin die aus nationalen und europäischen Gründen erforderliche Stützung erhalten. Eine steigende Besucherzahl aus dem Ostsektor und der Sowjetzone könnte zur Teilnahme an Berliner Theater- und Musikaufführungen, repräsentativen Ausstellungen und Darbietungen verschiedener Kulturstätten veranlaßt werden. Besondere Filmtheater und Lesestuben an der Sektorengrenze erleichtern die Orientierung über Berlin und die westliche Welt. Auf diese Weise könnte die geistige Verbindung zur Bevölkerung der Sowjetzone wesentlich verstärkt werden.

F. Fortschrittliche Verwaltung und Rechtspflege

44. Fortsetzung des Aufbaus der Verwaltung. Demokratische Verwaltungsreform.

Den demokratischen Kräften gelang der Wiederaufbau der Berliner Verwaltung nach dem Zusammenbruch und nach der kommunistischen Mißwirtschaft in den Jahren 1945/46. Trotz aller Schwierigkeiten ist seitdem eine auch im Ausland respektierte Aufbauarbeit geleistet worden.

Notwendig sind jetzt eine grundlegende Verwaltungsreform und ein weiterer Ausbau der Selbstverwaltung.

Die Regierung trägt die volle Verantwortung für die Gesetzmäßigkeit der Verwaltung und für die Wahrung der Rechte des einzelnen Bürgers. Die Sozialdemokratie bekämpft jeden möglichen Herrschaftsanspruch der Bürokratie.

Es ist eine unabhängige Verwaltungsgerichtsbarkeit einzurichten. An dieser sind ehrenamtliche Vertreter der Bevölkerung, die von den Vertretungskörperschaften gewählt werden, maßgeblich zu beteiligen.

Auf der Grundlage der neuen Verfassung treten die Sozialdemokraten für eine klare Trennung der Zuständigkeit der Verwaltung, der gesetzgebenden Körperschaften und der Vertretungsorgane ein.

45. Bezirkliche Selbstverwaltung und Bürgerdeputationen.

Die gegenüber der Bevölkerung unmittelbar in Erscheinung tretenden Aufgaben der Verwaltung sollen in der Regel den Bezirksämtern übertragen werden.

Die Verwaltung aller öffentlichen Einrichtungen und Anstalten muß der Aufsicht der Vertretungskörperschaften unterstellt sein. Diese müssen durch ihre eigenen Organe (Bürgerdeputationen) an der Verwaltung dieser Einrichtungen und Anstalten beteiligt werden.

Die ehrenamtliche Mitwirkung der Bürger bei der Durchführung von Aufgaben der Verwaltung ist zu fördern. Insbesondere soll der Bürgerschaft bei der Gesetzgebung schon vor der Zuleitung von Gesetzesvorschlägen an das Parlament die Gelegenheit zur Kenntnisnahme und Meinungsäußerung gegeben werden.

46. Weitere Leistungssteigerung und absolute Sauberkeit in der Verwaltung.

Um die Leistung der Verwaltung weiter steigern zu können, müssen ihre Organisation und ihre Arbeitsmethoden sowie die Ausbildung der im öffentlichen Dienst Tätigen ausgebaut werden.

Im Interesse der von der Sozialdemokratie erstrebten absoluten Sauberkeit in der Verwaltung sind die Einrichtungen einer unabhängigen fachlichen Verwaltungskontrolle zu stärken und auszubauen. Die Methoden des Zusammenwirkens der fachlichen Kontrolle und der Kontrolle durch die Selbstverwaltung sind weiterzuentwickeln. Alle städtischen Ausgaben sind durch einen Rechnungshof zu kontrollieren.

47. Für ein vertrauensvolles Verhältnis zwischen Polizei und Bevölkerung.

Die in der Vergangenheit bewährte organische Verbindung zwischen Polizei und Verwaltung muß wiederhergestellt werden. Für die Polizei müssen dieselben Grundsätze der demokratischen Kontrolle gelten wie für die gesamte übrige Verwaltung.

Die Aufgaben der Schutzpolizei und der Kriminalpolizei erfordern eine besondere organisatorische Stellung dieser beiden Dienstzweige. Aber auch sie dürfen der parlamentarischen Kontrolle nicht entzogen werden. Ihre Angehörigen müssen das gleiche Recht zur

demokratischen und gewerkschaftlichen Betätigung haben wie alle übrigen im öffentlichen Dienst Stehenden.

Die Sozialdemokratie tritt für eine Polizei ein, die — fachlich gut ausgebildet und ausgerüstet — zum Träger des Vertrauens der Bevölkerung wird und die demokratische Ordnung gegen kommunistische und rechtsnationalistische Elemente unbedingt zu schützen bereit ist.

48. Für ein zeitgemäßes Beamtenrecht.

Im Interesse der Sicherung einer leistungsfähigen Verwaltung muß sich der Angestellte im öffentlichen Dienst durch seine Leistungen bewähren. Die soziale Sicherheit des im öffentlichen Dienst Tätigen muß in einem Gesetz über die Personalverhältnisse der Verwaltung gewährleistet werden.

Die Anwärter für den öffentlichen Dienst sind nach fachlichen Gesichtspunkten auszuwählen. In allen Stufen der Verwaltungslaufbahn ist die Möglichkeit für den Eintritt von Bewerbern aus anderen Berufen offenzuhalten.

49. Überwindung der Justizkrise.

Die Sozialdemokratie fordert ein auf demokratischen Grundsätzen beruhendes Gesetz über die Rechtsstellung, Wahl und Berufung der Richter und Staatsanwälte. Der Richter muß demokratisch, er muß politisch unabhängig sein. Er darf in der Unabhängigkeit seiner richterlichen Entscheidung nicht beeinträchtigt werden. Durch die Richterauswahl und ein entsprechend ausgestaltetes Disziplinarrecht muß die Gewähr dafür geschaffen werden, daß die Justiz die Grundrechte respektiert und die demokratische Ordnung verteidigt.

Die Ausbildung des juristischen Nachwuchses bedarf einer Reform hinsichtlich der Gestaltung des Studienplanes, der Form der praktischen Ausbildung und der Grundsätze für die Abhaltung der beiden Staatsprüfungen.

Es muß Aufgabe demokratischer Justizpolitik sein, den Verständigungswillen der Menschen untereinander zu fördern.

Die Personalpolitik der Demokratie muß dafür Sorge tragen, daß die Justiz nicht wieder wie vor 1933 zu einem Hort antidemokratischer Kräfte wird.

50. Sachliche Auseinandersetzung und zielklare Politik: Mit der Sozialdemokratie für Arbeit und Aufbau, für Sicherheit und Gerechtigkeit, für Einheit in Freiheit, für Berlin als Hauptstadt Deutschlands in einem neuen Europa.

Die Sozialdemokratie ist für sachliche politische Auseinandersetzungen und gegen jedes Parteimonopol. Sie warnt jedoch vor einer verhängnisvollen Parteienzersplitterung. Interessentenhaufen dürfen nicht das politische Leben bestimmen.

Die Sozialdemokraten sind dafür eingetreten, daß alle auf dem Boden der Demokratie stehenden Parteien und Kräfte, unbeschadet ihrer sonstigen Meinungsverschiedenheiten und Gegensätze, in den Fragen des Freiheits- und Existenzkampfes zusammenwirken sollten. Sie erkennen die Notwendigkeit verantwortlichen Zusammenwirkens der echten demokratischen Kräfte auch für die kommende Zeit. Eine Zusammenarbeit in der Regierung des Landes könnte jedoch — unter sozialdemokratischer Führung — allein auf der Grundlage eines eindeutigen Regierungsprogramms in Betracht gezogen werden.

Die Berliner Sozialdemokratie wird im Parlament, in der Regierung und in ihrer gesamten Tätigkeit für die Verwirklichung dieses Arbeitsprogramms eintreten. Ihre Tagespolitik ist bestimmt durch das nationale und europäische Ziel der Demokratie, durch das Menschheitsziel des freiheitlichen Sozialismus.

Bibliothek der FES



1134531

EINS

ist immer richtig:

SOZIALDEMOKRATEN